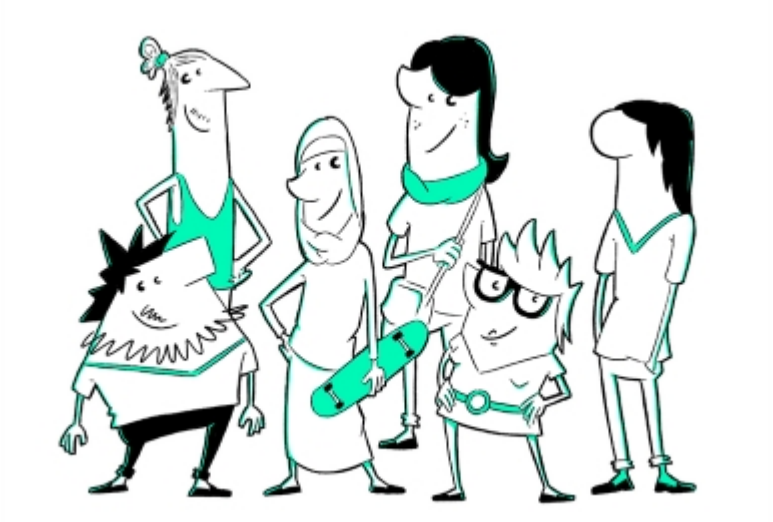
DEBATTE UM PFLICHTDIENST: PARITÄTISCHER KOMMENTIERT SPD-VORSCHLAG

21. Juli 2023 Erstellt von Paritätischer Gesamtverband



(Berlin) In der durch die SPD neu belebten Debatte um eine soziale Pflichtzeit spricht sich der Paritätische Wohlfahrtsverband gegen ein Pflichtjahr aus und regt stattdessen eine Reform der Lehrpläne in Schulen an. So sei es grundsätzlich wünschenswert, allen jungen Menschen früh auch Erfahrungen im Sozialen zukommen zu lassen. Statt einen neuen Pflichtdienst zu etablieren, sei es jedoch zielführender, diese Erfahrungen über die schulischen Curricula und Praktika zu lösen.

“Der Ansatz, dass alle junge Menschen über einen begrenzten Zeitraum Einblicke und Erfahrungen in sozialen Einrichtungen sammeln und dadurch auch im sozialen Miteinander geschult werden, ist grundsätzlich positiv. Für ein dreimonatiges Praktikum, wie von der SPD vorgeschlagen, jedoch kostspielige bürokratische Strukturen und ein neues Kreiswehrersatzamt aufzubauen, wäre völlig unverhältnismäßig”, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Ein entsprechendes Pflichtpraktikum sollte daher nach Ansicht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands wenn, dann im Rahmen der schulischen Curricula realisiert werden.

Ein ganzes Pflichtjahr nach Schulabschluss lehnt der Paritätische ab, für Interessierte gebe es bereits die bewährten Modelle der Freiwilligendienste. “Soziale Arbeit, ob haupt- oder ehrenamtlich, ist immer Beziehungsarbeit. Dafür braucht es Empathie und Lust auf den Umgang mit Menschen. Das kann nicht staatlich verordnet werden”, so Schneider. Gegen einen aufgesetzten Pflichtdienst gebe es zudem auch verfassungsrechtliche Bedenken.

Für Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)

Telefon: 030 24636-305
E-Mail: pr(at)paritaet.org

© 2025 Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Sachsen